

Italien

Roman Maruhn

Sommerkrise – das ist der vergleichsweise harmlose Name, den Italien mit sehr viel Optimismus etwas gegeben hat, das Ministerpräsident Silvio Berlusconi und sein Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti mit einem persönlichen Streit Anfang Juli 2011 ausgelöst haben: Berlusconi hatte versucht, Tremontis Sparpolitik mit dem Hinweis auf fallende Umfragewerte für die Regierung in die Schranken zu verweisen. Der Finanzminister hatte diesen Angriff mit der dummen, verantwortungslosen und fatalen Aussage erwidert, ohne seine Person würde Italien in die Zahlungsunfähigkeit geraten. Damit richtete sich blitzartig die Aufmerksamkeit der Finanzmärkte auf die Staatsfinanzen Roms. Dabei ist es besonders die große staatliche Gesamtverschuldung von mittlerweile über 1,9 Billionen Euro oder 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die in der allgemein eher unsicheren und irrationalen Marktlage institutionelle wie private Anleger skeptisch gegenüber italienischen Staatstiteln, besonders den Buoni del Tesoro Poliennali (Btp, mehrjährige Schatzbriefe), werden lässt. Und tatsächlich ist es notwendig die Frage zu stellen, ob die Regierung Berlusconi einen substantiellen und nachhaltigen Abbau der italienischen Staatsschulden überhaupt anstrebt.

Intervention der EZB

In Reaktion auf dieses Glaubwürdigkeitsproblem der italienischen Haushaltspolitik haben der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet und sein designierter Nachfolger, Banca d'Italia-Präsident Mario Draghi, gemeinsam einen geheim gehaltenen Brief an die italienische Regierung verfasst, der für den Ankauf von italienischen Staatsanleihen durch die EZB von Rom greifbare Reformen zur Sanierung der Staatsfinanzen verlangt. Der Brief, dessen Inhalte erst nur teilweise an die Öffentlichkeit sickerten und dann auch in den Medien publik gemacht wurden, führte unter anderem zur vergleichsweise schnellen Verabschiedung eines größeren Sparpakets. Darüber hinaus hat dieser Brandbrief – in den Medien wurde auch von einem Diktat der EZB und Deutschlands (!) gegenüber Italien gesprochen – zwei weitere Adressaten und Botschaften: Den Märkten soll vermittelt werden, dass nun auch die EZB gegenüber der Regierung Berlusconi in doppeltem Sinne – schützend und fordernd – besonders wachsam ist und außerdem wird Mario Draghi sichtbar für die internationale Öffentlichkeit auf die Linie Trichets eingeschworen, damit die Märkte einem EZB-Präsidenten italienischer Nationalität nicht unterstellen können, etwa Partei für Italien zu nehmen oder in der Haushaltskonsolidierung die bisherige – durchaus einer längeren und nicht sehr stringenten Entwicklung unterworfenen – Position der EZB in Frage zu stellen.

Dennoch stehen Rom und aufgrund der Größe Italiens die Eurozone, aber auch die Europäische Union insgesamt, vor ihrer größten finanzpolitischen Herausforderung.

Staat, Banken und Bürger müssen zahlen

Der Druck der Finanzmärkte trifft das Land in dreifacher Weise: Der notwendige Finanzierungsbedarf für weitere Sparmaßnahmen muss in erster Linie auf die Steuerzahler, aber auch auf die Bürger im Allgemeinen in ihrer Rolle als Empfänger von staatlichen Leistungen umgelegt werden, da die Regierung, die Gebietskörperschaften und die politische Klasse insgesamt Reformen, die Einsparungen über den Abbau von obsoleten Verwaltungsstrukturen und damit auch Personal zum Ziel haben, nur sehr widerwillig und schleppend angehen. Die italienische Bankenlandschaft ist ebenfalls besonders stark von der Vertrauenskrise der Märkte gegenüber Italien betroffen: Obwohl die Banken die Finanzkrise auch aufgrund eines geringen Internationalisierungsgrads verhältnismäßig gut überstanden hatten, stehen sie als das traditionelle Rückgrat bei der Finanzierung des Staates vor großen Problemen: Die auch bei privaten Anlegern aufgrund guter Rendite und geringer Transaktionskosten beliebten Btp stellen in der aktuellen Marktlage ein erhebliches Risiko für die Bilanzen der Banken dar. Entsprechend sind in erster Linie die italienischen Finanztitel von der Talfahrt an der Mailänder Börse betroffen. Schließlich droht für die staatliche Ebene der Spread zwischen den italienischen Btp und den deutschen Anleihen sich auf einem im Vergleich von bisher knapp 150 sehr hohen Niveau zwischen 300 und 400 Basispunkten einzupendeln, was in der Praxis bedeutet, dass Rom für die Refinanzierung seiner Staatsschulden – von Juli 2011 bis August 2012 müssen fällige Titel in Höhe von 325 Milliarden Euro durch neue und voraussichtlich deutlich höher verzinsten ersetzt werden – erheblich mehr Geld aufwenden muss. Dabei kostet jeder Prozentpunkt mehr an Zinsen den italienischen Staat grob gerechnet 15 Milliarden Euro – eine Summe, die erst noch durch weitere Sparmaßnahmen oder Steuererhöhungen erwirtschaftet werden muss. Dass die Europäische Zentralbank seit dem Sommer 2011 auch italienische und spanische Staatsanleihen kauft, kann zwar momentan einen Teil des Drucks aus dem Markt nehmen, ändert aber nichts an dem politischen Handlungsbedarf in Rom.

Roms Ruf nach Eurobonds

Aus der Sicht eines Großteils der italienischen politischen und wirtschaftlichen Klasse ließe sich dieser schmerzhaft und teure Anpassungsprozess mit der Einführung von Eurobonds, einer Lieblingsidee von Finanzminister Tremonti, umgehen. Diese europäische Vergemeinschaftung der Staatsschulden würde allerdings nicht das Problem lösen, dass der italienische Staat sparen, die Steuerhinterziehung stärker bekämpfen, liberale im Sinne von gegen Protektionismus und Klientelismus gerichtete Wirtschaftsreformen umsetzen und gegebenenfalls auch die Steuern erhöhen muss, sondern lediglich auf die europäische Ebene delegieren. Sollten tatsächlich für die Eurozone gemeinsame Schuldtitel geschaffen werden, fiel der notwendige wirtschaftliche und politische Handlungs- und Reformdruck, den angesichts der schwierigen politischen Lage in Italien nur die Märkte ausüben können, voraussichtlich vollständig weg. Dass neue oder bestehende europäische Institutionen – die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament oder auch der Rat – mit politischen Mitteln in einer alles andere als demokratisch und effizient organisierten Europäischen Union oder Eurozone ein ähnliches Machtpotential wie die Märkte erlangen könnten, muss nach den bisherigen Erfahrungen mit der Währungsunion aber auch anderen europäischen Projekten ausgeschlossen werden. Besonders im Fall Italiens mit einer gegenwärtigen Regierung, die nicht willens ist, eigene Kerninteressen oder Interessen ihrer engeren Klienten dem Gemeinwohl unterzuordnen oder zumindest einen

Interessenausgleich zu finden, könnten die so genannten Eurobonds eine verbrieft garantierte Zahlungsfähigkeit für eine mittel- bis langfristige Zahlungsunfähigkeit nicht nur Italiens werden.

Wenn Eurobonds überhaupt als Denkmodell und auch ihrem Namen nach statthaft und praktikabel sein sollen, dann könnten mit ihnen vorläufig und bis zu einer ausreichenden Konsolidierung der nationalen Haushalte europäische Projekte, die bisher aus dem Gemeinschaftshaushalt und damit durch Mittelzuweisungen der Mitgliedstaaten finanziert werden, zum Teil ausgestattet werden, die auch einen tatsächlichen europäischen Mehrwert im Sinne der europäischen Integration versprechen. Im Ausgleich könnte dann auch ein Teil der bisherigen Zahlungen der Mitgliedstaaten in den Gemeinschaftshaushalt für einen obligatorischen nationalen Schuldendienst verwendet werden.

Regierungsversagen: Der Preis der Nicht-Reformen

Wenngleich Zahlungsverzögerungen besonders in den italienischen Kommunen und Regionen, aber auch im Zentralstaat ein schon seit geraumer Zeit bekanntes Phänomen sind, ist der italienische Staat – auch nach Ansicht von internationalen Institutionen, Wissenschaftlern, Volkswirten und Bankern – keineswegs von einer generellen Zahlungsunfähigkeit bedroht. Italien kommt seinen Zahlungsverpflichtungen gegenwärtig vollständig und pünktlich nach. Allerdings ist Rom in die voraussichtlich entscheidende Runde der Finanz- und Wirtschaftskrise, in der es nicht nur um die finanzielle Nachhaltigkeit, sondern in einzelnen Fällen sogar um die buchhalterische Überlebensfähigkeit von Nationalstaaten und auch um die Frage der Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Währung, dem Euro, geht, mit verhältnismäßig schlechten Ausgangsvoraussetzungen geraten: Zwar erwirtschaftet der Staat potentiell und strukturell sogar einen Einnahmenüberschuss, der sich aber durch Marktveränderungen bei der Verzinsung seiner Staatsanleihen sehr schnell in ein großes Defizit umkehren kann. Die in Reaktion auf die massive Vergrößerung des Spreads zwischen den Btp und deutschen Staatsanleihen und die Börsentalfahrt auf den Weg gebrachte „manovra“ der Regierung Berlusconi vom August 2011, also das Sparpaket für die nächsten Jahre, sieht vor, das Staatsdefizit im Jahr 2012 auf 1,4 Prozent des BIP begrenzen und bereits 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu wollen. Das ist zwar ein in seinen Einzelmaßnahmen verabschiedetes Programm, dem aber die reale Umsetzung bis auf die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt noch fehlt. Und beispielsweise in der Frage einer – im Übrigen auch von der Europäischen Union geforderten – Erhöhung des Renteneintrittsalters von Frauen zeichnet sich bereits ab, dass Teile der Regierung wie die Lega Nord (LN) diese Regelung nicht umsetzen wollen. Auch der geplante Abbau der Gesamtverschuldung von 120,6 Prozent (2011) auf 105,1 Prozent (2017) scheint nicht das Papier wert zu sein, auf dem er gedruckt ist: Die verschlechterten wirtschaftlichen Aussichten, die zum Teil auch der restriktiven und das Wirtschaftswachstum noch weiter einschränkenden Finanzpolitik geschuldet sind, stellen für die nächsten Jahre eine Stagnation (Nullwachstum) oder sogar eine leichte Rezession in Aussicht, was die Annahme eines tendenziellen Abbaus der Staatsverschuldung aus eigener Kraft ausschließen würde. Um aber dennoch einen Schuldenabbau zu erreichen, müssten noch weitere und massivere Sparschritte ergriffen werden, die die ohnehin schon schwierige wirtschaftliche und soziale Lage des Landes noch weiter verschärfen würden. Mit dieser Perspektive und weiterhin unveränderten politischen Rahmenbedingungen könnte das Szenario eines Staatsbankrotts in Zukunft an Wahrscheinlichkeit gewinnen.

Allerdings kann mittlerweile der Beginn eines Bewusstseinswandels der Öffentlichkeit festgestellt werden, nachdem die Erwartungen an den Willen und die Fähigkeit zur Unterstützung Italiens durch die EU- und Eurostaaten verhältnismäßig realistisch und damit niedrig angesetzt werden. Dies führt dazu, dass erstmals seit langer Zeit eine breite Diskussion um Reformen, Steuerehrlichkeit und umfangreiche Privatisierungen eingesetzt hat. Dabei sind die Beiträge aus Publizistik, Wissenschaft und Interessensverbänden seriös, interessant und auch fortschrittlich. Allerdings hat diese Debatte bis jetzt noch nahezu keinen Niederschlag in den politischen Parteien und besonders der Regierung gefunden, was äußerst besorgniserregend ist: Rom hat im letzten Jahrzehnt keine nennenswerten Reformen auf den Weg gebracht, um die Staatsausgaben zu reduzieren, das Wirtschaftswachstum zu begünstigen und die Sozialpolitik zu modernisieren. Gleichzeitig ist die Regierung, deren Mandat noch bis zum Frühjahr 2013 dauert, weder strukturell noch personell in der Lage und willens, solche Reformen auf den Weg zu bringen. Zudem kann die Regierung bei einfachen Gesetzen oft nicht mehr ihre Mehrheit im Parlament mobilisieren, sondern muss mit Vertrauensabstimmungen regieren. Diese politische Konstellation, eine schwache Opposition und Berlusconis unbeugsames Festhalten am Amt des Ministerpräsidenten lassen befürchten, dass sich die Haushaltssituation Italiens weiter verschlechtern und Rom zu einer dauernden und äußerst gefährlichen Belastung für den Euro und die Europäische Union wird.

Berechtigte Zweifel an der Glaubwürdigkeit Roms

In der nationalen Debatte werden als Optionen für eine Steigerung der Staatseinnahmen und damit Haushaltssanierung die Einführung einer Erbschaftssteuer und eine Art Solidaritätszuschlag in möglicher Kombination mit einem Lastenausgleich diskutiert. Es ist aber schwer vorstellbar, dass diese Ideen noch von der Regierung Berlusconi umgesetzt werden, da sie den politischen und ideologischen Zielsetzungen großer Teile der Koalition aus Berlusconis *Popolo della libertà* (Pdl, Volk der Freiheit) und der LN widersprechen. Dabei könnte eine beschränkte Umverteilung von den verhältnismäßig großen Privatvermögen auf die öffentlichen Haushalte auch eine politische, soziale und kulturelle Modernisierung Italiens ermöglichen: Die öffentliche Hand wäre nach der Beilegung der akuten Haushaltskrise vielleicht dazu in der Lage, ihren Bürgern vergleichbare Leistungen wie in den anderen großen EU-Mitgliedstaaten anzubieten und auch wieder in die Modernisierung des Landes zu investieren. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und dem Staat durch einen neuen, vermutlich nur unter einer neuen Regierung möglichen nationalen Konsens ersetzt wird. Gegenwärtig und unter einer Regierung Berlusconi bleibt dieses Zukunftsszenario reines Wunschdenken, obwohl der Druck auf die Regierung aus allen Teilen der Gesellschaft massiv ist: Bis auf einen sehr kleinen Kern an Spitzenpolitikern innerhalb der Koalition gibt es besonders auf dem Feld der mittlerweile entscheidenden Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik keine Unterstützer der Regierung Berlusconi mehr. Der Unternehmerverband *Confindustria* hat sich offen gegen die Koalition gestellt und – zum Teil auch aus anderen Gründen – auch die katholische Kirche in Form der italienischen Bischofskonferenz verlangt ein Ende der Regierung Berlusconi. Die nur konsequente Herabstufung der Bonität Italiens ist in erster Linie nicht der wirtschaftlichen Gesamtsituation des Landes, sondern ganz überwiegend dem allgemeinen politischen Missmanagement geschuldet, was den Fall Roms im Vergleich zu den anderen Problemstaaten des Euro nahezu einzigartig macht.

Aus PIGS werden wieder PIIGS

Noch 2010 sah es so aus, als ob sich Rom erfolgreich von den europäischen Krisenländern Portugal, Irland, Griechenland und Spanien abgesetzt hätte, worauf das italienische „I“ in der nationalen Öffentlichkeit, aber zum Teil auch international aus dem Akronym PIIGS heraus gefallen war. Die Überzeugungsarbeit durch ein auf der technischen Seite solides Schuldenmanagement ist keine zwölf Monate später aufgebraucht. Im Falle Italiens sind in erster Linie die politischen Rahmenbedingungen ausschlaggebend für das Misstrauen der Märkte gegenüber der italienischen Volkswirtschaft und dem Staat: Die Kombination aus einem privat, gesundheitlich, juristisch und unternehmerisch angeschlagenen Ministerpräsidenten, der Feststellung, dass besonders unter den drei Amtszeiten Berlusconi seit 1994 keine wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Reformen durchgesetzt wurden, die die Situation von Unternehmen und Bürgern nachhaltig verbessert haben, dem damit verbundenen schwachen Wirtschaftswachstum über nun schon mehr als zehn Jahre und den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben in der nationalen Debatte das Schlagwort vom „verlorenen Jahrzehnt“ (unter den Regierungen Berlusconi von 2001 bis 2011 mit Ausnahme zweier Jahre unter einer Regierung Prodi) entstehen lassen. Auf breiter Front, von den Gewerkschaften über die Opposition bis hin zum Unternehmerverband Confindustria, aber auch besonders bei den Bürgern in den großen Städten macht sich Unzufriedenheit breit: Standortverlagerungen, Unternehmensschließungen, massive Jugendarbeitslosigkeit, die Verarmung von Teilen der Mittelklasse, eine verstärkte Abwanderung von Akademikern ins Ausland, Unzufriedenheit mit Umfang und Qualität der öffentlichen Leistungen und allgemeine Perspektivlosigkeit haben zwar noch nicht zu einer breiteren Protestbewegung geführt, aber die Lage in Italien des Jahres 2011 wird allgemein als schlecht beurteilt.

Endzeitstimmung in Rom

Klare Zeichen für eine Wechselstimmung kamen von den Kommunalwahlen im Mai 2011: Silvio Berlusconi Hochburg Mailand, die seit 1993 von den ihm nahe stehenden Parteien LN, Forza Italia bzw. Pdl durchgehend beherrscht wurde, fiel an die Opposition. In Neapel, wo mit einer Niederlage von Mitte-Links gerechnet wurde, siegte überraschenderweise die kleinere Oppositionspartei Italia dei valori. Auch das von der Opposition unterstützte abrogative Referendum im Juni 2011 übertraf deutlich das notwendige Quorum von 50 Prozent der Wahlberechtigten: Damit wird Italien unter anderem weiterhin nicht zur Kernkraft zurückkehren und der Ministerpräsident kann nicht eigenständig entscheiden, ob er bei Gerichtsverhandlungen gegen seine Person vorstellig werden muss. Seit mindestens Mitte 2010 befindet sich die Regierung Berlusconi in einer Dauerkrise: Ausgehend von den persönlichen Problemen des Regierungschefs mit dem Gesetz – das jüngste Beispiel ist das Verfahren gegen Berlusconi wegen Amtsmissbrauch, Begünstigung der Prostitution, aber auch der damit verbundenen Möglichkeit der Erpressbarkeit Berlusconi – hat sich die Vertrauenskrise der italienischen Politik berechtigterweise verstärkt: Die Regierungspartei Pdl ist nicht nur von mutmaßlich korrupten und dem organisierten Verbrechen nahe stehenden Mitgliedern unterwandert, sondern es scheint vielmehr, dass Berlusconi sein politisches Personal gezielt aus zwielichtigen Kreisen rekrutiert. Dies entspricht zwar der bereits jahrelang so geübten klientelistischen politischen Praxis Berlusconi, hat aber durch die Aufdeckung von zwei mutmaßlich kriminellen Netzwerken hintereinander einen neuen Höhepunkt gefunden. So ermittelt die Staatsanwaltschaft Palermo wegen angeblicher Ver-

bindungen zur sizilianischen Mafia gegen den Minister für wirtschaftliche Entwicklung Paolo Romani, dem Staatspräsident Giorgio Napolitano gerade aufgrund der gegen Romani laufenden Ermittlungen nur widerwillig die Ernennungsurkunde übergeben hatte, und auch Finanz- und Wirtschaftsminister Giulio Tremonti musste sich von seinem Staatssekretär Marco Milanese nach einer mutmaßlichen Korruptionsaffäre trennen. Wenn es auch in fast allen Parteien Abgeordnete gibt, die sich nicht nur wegen Bagatelldelikten in Rechtsverfahren befinden oder sogar erstinstanzlich verurteilt sind, tritt bei Berlusconi Pdl mit 49 von insgesamt 84 solchen Parlamentariern in Abgeordnetenhaus und Senat eine deutliche Häufung auf. Abgesehen davon, dass es schwierig für eine Partei und eine Regierung ist, Legalität bei den Bürgern einzufordern, wenn die eigenen Führungskräfte quasi dauernd mit dem Gesetz in Konflikt stehen und sich durch kreative Gesetzgebung vor Prozessen und Verurteilungen schützen, ist es äußerst besorgniserregend, dass Korruption und Kollaboration mit dem organisierten Verbrechen scheinbar weit verbreitet in den Reihen des Pdl sind und damit die in Italien ohnehin fragile Rechtsstaatlichkeit und Staatlichkeit insgesamt weiter aushöhlen.

Kein arabischer Frühling in Italien

Auf kaltem Fuß hat Rom der arabische Frühling erwischt: Als aufgrund seiner geographischen Lage besonders exponierter Mittelmeeranrainer sollte es im tiefen Interesse der italienischen Außenpolitik sein, eine über die üblichen Wirtschaftsbeziehungen hinausgehende politische Position zu seinen südlichen Nachbarn zu haben, zumal das Problem illegaler und durch Schlepperorganisationen beförderter Einwanderung über das Mittelmeer nunmehr eine bereits über 30 Jahre alte Erfahrung ist. Leider ist dies allerdings nicht der Fall. Dagegen war es besonders Italien, angefangen unter Regierungschef Berlusconi, das aufgrund seiner Kolonialvergangenheit und wirtschaftlicher Interessen enge Kontakte zum Libyen Muammar al-Gaddafis gesucht hatte. Entsprechend schwer tat sich Rom bei der Anerkennung der libyschen Opposition in Form des Übergangsrats in Bengasi. Auf der praktischen Seite stellte Italien mit Beginn der Luftoperationen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs den Alliierten Luftwaffenstützpunkte zu Verfügung, beteiligte sich in kleinem Umfang an den Luftangriffen und begann mit vereinzelten humanitären Missionen und scheinbar auch Militärhilfe zugunsten des Übergangsrats. In der Öffentlichkeit kritisierte besonders Umberto Bossi vom Koalitionspartner LN die Militäroperationen und warnte vor einer Invasion Italiens durch Flüchtlinge. Bossi forderte, dass die eingesetzten NATO-Marineeinheiten eine Seeblockade gegen Flüchtlinge aus Nordafrika errichten sollten. Nachdem sich abzeichnete, dass das Regime Gaddafis die Kontrolle über Libyen verlieren würde, begann eine aufgeregte, kleinliche und peinliche Diskussion in Politik und Medien darüber, dass Italien als Ergebnis seiner traditionellen Verbindungen mit Gaddafi seine wirtschaftliche Sonderstellung in Libyen an Frankreich abgeben müsse.

Draghi folgt auf Trichet

Mit dem Ausscheiden von Bundesbankpräsident Axel Weber wurde für den Präsidenten der Banca d'Italia Mario Draghi endgültig der Weg frei zur Nachfolge Jean-Claude Trichets als Präsident der Europäischen Zentralbank. An der Person Draghis und seiner Qualifikation bestehen keine Zweifel. Dass er Italiener ist, bringt trotzdem keinen Interessenskonflikt mit sich, da er einerseits die Unabhängigkeit der italienischen Zentralbank

gegenüber der Politik glaubwürdig ausbauen konnte und andererseits beständig die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung positiv „coachte“ und auch scharf kritisierte. Allerdings entbrannte in der Regierung trotz der dafür äußerst ungünstigen Rahmenbedingungen eine Debatte um seinen Nachfolger an der Spitze der Banca d'Italia, was ein weiterer Nachweis für die fehlende Sensibilität und mangelnde finanzpolitische Qualifikation der Regierung Berlusconi ist.

Positiv gewendet lässt sich aber dennoch feststellen, dass Italien in Einzelfällen in der Lage ist, europäisches Führungspersonal zu generieren und damit zumindest einen personellen Beitrag zur europäischen Integration liefert. Dem persönlichen Erfolg Draghis und damit auch eines Teils des italienischen Finanzwesens steht allerdings die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes gegenüber: Die Verluste des Bruttoinlandsprodukts in der Krise von 2008/9 konnten bisher nicht wieder aufgeholt werden. Dies gilt besonders auch für die Güterproduktion, in der Italien mit einem Weltmarktanteil von 3,4 Prozent (2010) innerhalb von nur drei Jahren 1,1 Prozentpunkte (2007: 4,5 Prozent) verloren hat, von Indien und Südkorea überholt wurde und sich jetzt auf Platz Sieben der weltweit größten Erzeuger wieder findet.

Italien und die Euro- und Europakrise

Die Krise der nationalen Haushalte besonders der Eurostaaten und damit auch die Offenlegung der organisatorischen und institutionellen Schwächen der Europäischen Union findet mit Italien ein prominentes Beispiel: Besonders unter der Regierung Berlusconi werden die Diskrepanzen bei den Anforderungen sichtbar, die ein Beitrittsstaat gegenüber der Europäischen Union erfüllen muss und die ein Gründungsstaat, wie eben zum Beispiel Italien, eigentlich erfüllt haben müsste. Während die anderen PIIGS-Staaten noch aus vergleichsweise jüngeren Erweiterungsrounden stammen, sollte im Fall Roms eine weitgehende europäische Regeltreue oder zumindest das Bewusstsein dafür in der politischen Elite vorausgesetzt werden können. Besonders die Lage der staatlichen Gesamtverschuldung, aber auch Aspekte der öffentlichen Verwaltung, des Wirtschaftssystems, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, der Informationsfreiheit und auch der Situation der Menschenrechte lassen die Frage aufkommen, ob Italiens Mitgliedschaft in der Europäischen Union tatsächlich materieller oder nur formaler Qualität ist. Ein kontinuierliches und zeitnahes Monitoring der nachhaltigen Umsetzung des *Acquis communautaire* in die politische, wirtschaftliche und soziale Realität Italiens (aber auch natürlich der anderen EU-Staaten) findet nicht statt. Daraus entstehende Probleme sind im Regelfall erst einmal auf den Mitgliedstaat selbst beschränkt, schlagen im Krisenfall – wie in der aktuellen Situation – aber umgehend auf die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten durch und haben, wenn die Masse des betreffenden Landes kritisch groß genug ist, wie das bei Italien der Fall ist, schwer wiegende Folgen, die in so großer Geschwindigkeit Fragen der Solidarität und des finanziellen Engagements der EU-Staaten untereinander aufwerfen, die der aktuelle europäische Integrationsstand nicht mehr beantworten kann. Als besondere Defizite in der institutionellen Architektur der Europäischen Union, aber auch in der dafür umso notwendigeren und nicht zwingend vertraglich kodifizierten intergouvernementalen Zusammenarbeit lassen sich aus der Betrachtung der italienischen Realität ausmachen: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union stellen sich in vielen zentralen Politikfeldern deutlich uneinheitlicher dar, als bislang zu vermuten und auch zu erhoffen war. Die Institutionalisierung der europäischen Integration auch auf dem intergouvernementalen Bereich

scheint kein belastbares System aus effizienten bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten geschaffen zu haben; eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Die EU-Institutionen sind weitgehend abgekoppelt von ihren nationalstaatlichen Pendanten; beide Ebenen greifen angesichts der Herausforderungen der Globalisierung nicht ausreichend ineinander. Die in den Fraktionen des Europäischen Parlaments organisierten einst zentralen europäischen Parteienfamilien scheinen als informelle politische Koordinierungs- und Strategiezentren ihre Bedeutung verloren zu haben.

Im besonderen Fall Italiens, aber in großen Teilen für die EU insgesamt, bedeutet dies, dass Grundprinzipien der accountability im Gefüge zwischen EU und Mitgliedstaaten nicht funktionieren. Daher stellt sich gerade in Italien, dem Land, das den „vincolo esterno“, den Zwang zur politischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung durch und über die Mitgliedschaft in der EU, perfektionierte, die existentielle Frage nach der prinzipiellen Funktionsfähigkeit des eigenen nationalen Systems und / oder der Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einem System mit eigener Staatlichkeit.

Weiterführende Literatur

- Banca d'Italia: The Governor's Concluding Remarks, Ordinary Meeting of Shareholders, Rome, 31. Mai 2011, http://www.bancaditalia.it/interventi/integov/2011/cf_10/encf_10/en_cf_2010.pdf.
- Federiga Bindi: Italy and the European Union, Washington D.C. 2011.
- Michele Comelli: Italy's Love Affair with the EU: Between Continuity and Change, <http://www.iai.it/pdf/DocIAI/iaiwp1108.pdf>.
- Maurizio Cotta/Roman Maruhn/César Colino: SGI Sustainable Governance Indicators 2011 Italy report, http://www.sgi-network.org/pdf/SGI11_Italy.pdf.
- Fiona Ehlers/Hans-Jürgen Schlamp/Alexander Smolczyk: Basta., Der Spiegel 29/2011, S. 70-80.
- Europäische Kommission: Empfehlung für Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Italiens 2011 und Stellungnahme des Rates zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Italiens für 2011-2014, http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/recommendations_2011/csr_italy_de.pdf.
- Roman Maruhn: Affinità elettive in stand-by, Limes – Rivista italiana di geopolitica 4/2011: La Germania tedesca nella crisi dell'euro.